

dbb rheinland-pfalz zu Gast bei FDP-Landtagsfraktion Willius-Senzer/Lenz: Öffentlicher Dienst ist krisenfest

Austausch über aktuelle Themen in turbulenten Zeiten



Stellvertretende dbb Landesvorsitzende Elke Schwabl, stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Monika Becker, stellvertretender dbb Landesvorsitzender Hans-Dieter Gattung, FDP-Fraktionschefin Cornelia Willius-Senzer, stellvertretender dbb Landesvorsitzender Robert Tophofen und dbb Landeschefin Lilli Lenz (von links).

Seit fast einem halben Jahr bewährt sich der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz täglich in der Corona-Krise. Das Personal leistet in schwieriger Zeit unter hoher Belastung seinen wichtigen Anteil, damit die Krisenbewältigung im Land gelingt. In der allgemeinen Anspannung wird aber auch klar, wo und wie es besser laufen könnte. Darüber sprach die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz mit der FDP-Landtagsfraktion.

Lilli Lenz: „Der dbb rheinland-pfalz sieht sich in seinen jahrelangen Forderungen nach Verbesserungen bei der Personal- und Sachausstattung sowie

bei der Infrastruktur bestätigt. Nicht nur in der Krise brauchen wir mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – etwa bei den Gesundheitsämtern.

Wir brauchen fair ausgeweitete Digitalisierung sowie Telearbeitsverbesserungen – etwa in der Finanzverwaltung. Insgesamt braucht es einen stärkeren Einsatz für die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst, zum Beispiel auch im Strafvollzug.

In den Schulen wünschen wir uns mehr Platz, kleinere Klassen und standardisierte, zukunftsfähige IT-Lösungen. Krisenbedingt wird viel aus

dem Augenblick heraus getan. Nötig finden wir darüber hinaus längerfristige Konzepte und Maßnahmen, die uns aus der Krise ziehen und danach weiterhelfen.“

Cornelia Willius-Senzer: „Die FDP-Fraktion steht fest an der Seite unserer rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten. Insbesondere in Krisenzeiten sind sie der Garant für einen funktionierenden Staat. Dies wurde in der Corona-Krise eindrucksvoll unter Beweis gestellt.“

Die Beamtinnen und Beamten können sich unserer Wertschätzung und Anerkennung

sicher sein. Dies muss sich auch im Gehalt widerspiegeln. Vor diesem Hintergrund war es uns auch ein ganz besonderes Anliegen, das Besoldungsniveau spürbar anzuheben. Die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die öffentliche Verwaltung werden derzeit stark gefordert. Ohne den teils mühevollen Einsatz der Beschäftigten könnte das Management der aktuellen Herausforderungen nicht gelingen.“

Im Gesprächstermin stellten dbb Landesbund und FDP-Fraktion gemeinsam fest, dass Gewalt und Rassismus im öffentlichen Dienst überhaupt keinen Platz haben. Mit Blick auf jüngste Diskussionen dazu sprachen sich Fraktion und Gewerkschaft für ruhige Sachlichkeit ohne Vorverurteilungen aus. Zweifelhafte Einzelfälle sollten detailliert aufgeklärt und nötigenfalls konsequent verfolgt werden.

Nach wie vor zunehmende Gewalt gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes, der Rettungsdienste und der Feuerwehr verurteilten die Gesprächspartner energisch und bemängelten die gesellschaftliche Verrohung.

Neben der dbb Landeschefin Lilli Lenz nahmen an dem Gespräch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Elke Schwabl, Hans-Dieter Gattung und Robert Tophofen teil.

Fraktionschefin Cornelia Willius-Senzer und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Monika Becker vertraten die FDP-Landtagsfraktion. ■



© dbb.rlp

dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz/TVöD

„Trotzdem laut!“

Herbstsitzung in Mainz mit einem Teil des Gremiums

> Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz mit dem Vorsitzenden Peter Mertens (ganz vorne).

Nach ausgefallener Frühjahrs-sitzung traf sich ein Teil der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter der Mitglieds-gewerkschaften sowie -ver-bände des dbb rheinland-pfalz am 7. September 2020 in einer Präsenzsitzung in Mainz im an-gestammten Tagungshotel.

Wille zum Kompromiss, der aber eigentlich Wesenskern von Tarifverhandlungen sei. Insofern teilte das Gremium den pessimistischen Ausblick des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach, den er zur Auftaktrunde am 1. September 2020 geäußert hatte.

So demonstrierten auch zahl-reiche Betroffene vor dem Potsdamer Verhandlungsort am 1. September 2020. Mit Mund-Nase-Masken in dbb-Magenta und der Aufschrift „Trotzdem laut!“ und teils durch „Pappkollegen“ sowie Trassierband getrennt ging es lautstark zur Sache, um der Arbeitgeberseite Entschlossen-heit zu demonstrieren.

hat, sowie rund 225 000 Bun-desbeamtinnen und Bundes-beamte, auf die der Tarifab-schluss übertragen werden soll. Die eventuell letzte und entscheidende Verhandlungs-runde ist für den 22. und 23. Oktober 2020 in Potsdam verabredet.

In der Einhaltung der pande-miebedingt inzwischen übli-chen Hygieneregeln geübt, zo-gen es zehn Teilnehmende vor, sich von Angesicht zu Ange-sicht zwecks persönlichen Aus-tauschs zur Diskussion zu tref-fen. Das hat gut geklappt.

„Leider setzen zumindest die Kommunen lieber aufs Mau-ern. Dass wir gemeinsam vor einer schwierigen Situation stehen, ist natürlich klar. Aber heute hat die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberver-bände (VKA) überhaupt nicht erkennen lassen, dass sie das Gemeinsame an unserer Auf-gabe erkannt hat“, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende damals.

Der stellvertretende dbb Lan-desvorsitzende Peter Mertens informierte die Sitzungsteil-nehmer über die Sitzung der Bundestarifkommission des dbb im Zusammenhang mit der TVöD-Auftaktrunde, an der er mittels Videokonferenz teilgenommen hatte.

> Aus den Mitglieds-gewerkschaften

Die Teilnehmenden berichte-ten aus ihren Verwaltungs-sparten über den Umgang mit den pandemiebedingten Hy-gieneregeln und zusätzlich aus der dortigen Tarifpraxis.

Auf die Tagesordnung hatte der stellvertretende dbb Lan-desvorsitzende Peter Mertens in seiner Eigenschaft als Vorsit-zender unter anderem insbe-sondere

- Sachstand Tarifverhandlun-gen TVöD Bund und VKA und
- (Corona-)Informationen aus den Mitgliedsverbänden

setzen lassen.

> TVöD-Entgeltrunde

Die Sitzungsteilnehmer be-leuchteten die gegenwärtige Arbeitgeberhaltung in der Tar-ifaufeinanderersetzung beim Bund und den Kommunen krit-isch: Offensichtlich fehle den kommunalen Arbeitgebern der

„Die wollen eine Nullrunde mit langer Laufzeit. Für mich stellt sich das so dar, dass wir im Frühjahr gebraucht wurden, um als öffentlicher Dienst die medizinische und gesellschaftliche Corona-Krise zu bewältigen – und jetzt sollen wir mit einer jahrelangen Nullrunde auch noch mögliche wirt-schaftliche Folgen der Pande-mie abarbeiten.“ Die Beschäf-tigten würden deshalb auf Straßen und Plätzen im ganzen Land Protestaktionen durch-führen, um den Arbeitgebern zu zeigen, was sie davon hal-ten. Silberbach: „Die VKA lässt uns gar keine andere Wahl.“

Die Gewerkschaften fordern unter anderem eine Einkom-menserhöhung um 4,8 Prozent, mindestens 150 Euro (Laufzeit zwölf Monate), Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikums-entgelte um 100 Euro, Arbeits-zeitangleichung Ost an West, Verbesserungen für den Pfl-gebereich sowie die Reduzie-rung der 41-Stunden-Woche für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte. Vom TVöD sind etwa 2,5 Millionen Be-schäftigte direkt oder indirekt betroffen: rund 2,3 Millionen Arbeitnehmende des Bundes und der Kommunen sowie weiterer Bereiche, auf die der TVöD direkte Auswirkungen

Der „Remote-Betrieb“ sowie die Maxime „eine Arbeitskraft je Büro“ der Steuerverwaltung wurden ebenso erläutert wie Infektionsschutzregeln im All-tag des Betriebsdienstes der Straßenverkehrsverwaltung, etwa „Maske auf im Dienst-fahrzeug“ und verordnungs-rechtliche Ausnahmen vom Abstandsgebot bei der körperli-chen Teamarbeit auf der Straße. Insbesondere die Vertreter von der Kommunikationsgewerk-schaft DPVKOM und vom Ver-band der Beamten und Be-schäftigten der Bundeswehr – VBB – schilderten die tarif-rechtliche (Gemenge-)Lage in ihren privatisierten Organisati-onsbereichen. Dabei wurden tarifvertragslose Gesellschaf-ten kritisch beleuchtet. ■

Führungskräfteseminar 2020

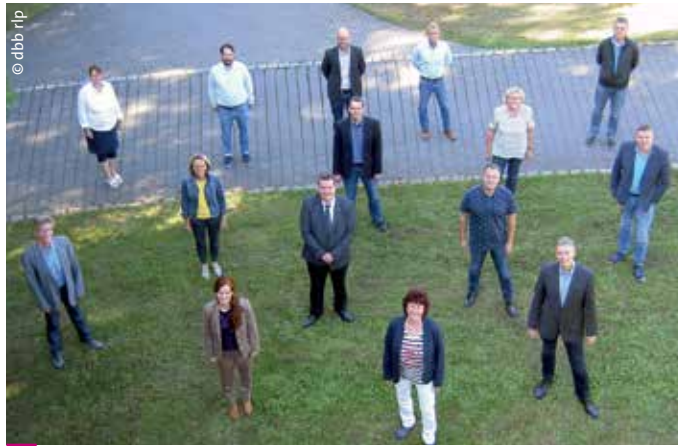
Moderation, Sitzungs- und Gesprächsleitung

Zum elften Mal Fortbildung mit der dbb Landesleitung im dbb forum siebengebirge

Die Kölner Psychologin und Kommunikationstrainerin Anette RÜth arbeitete Mitte September mit der Landesleitung des dbb rheinland-pfalz sowie ausgesuchten Teilnehmenden aus den Vorständen der Mitgliedsgewerkschaften konzentriert am ergänzenden Kompetenzerwerb zur verbesserten Gesprächsleitung.

In dem Zweitagesseminar konnte die Lerngruppe bestehendes Wissen zur Vor- und Nachbereitung von Besprechungen vertiefen sowie Gesprächsführungs- und Visualisierungstechniken für die Leitung von Sitzungen erlernen. Dabei sollte es zum Beispiel um eine genaue Adressatenanalyse gehen, um methodische und persönliche Vorbereitungs-schritte sowie konkrete Protokollierung und Reflexion im Anschluss an ein Gespräch. Beleuchtet wurden die unterschiedlichen Rollen von „Gesprächsleiter“ und „Moderator“ mit dem Ziel, mehr Sicherheit für zukünftige Alltagssituationen im Gewerkschafts- und Dienstbetrieb zu gewinnen.

Klassische Schwierigkeiten im Gruppen- und Sachprozess waren ein Hauptgegenstand



> Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Führungskräfteseminars 2020 mit der dbb Landeschefin Lilli Lenz (ganz vorne) und Dozentin Anette RÜth (vorne links).

des Seminars und wie ihnen begegnet werden kann. Lösungen für Herausforderungen wie Vielredner, Hahnenkampf, Zielverlust, mangelnde Gesprächsdynamik und notorische Unterbrecher wurden eingehend behandelt, auch in intensiven Rollenspielen.

Die Seminarinhalte wurden außerdem anschaulich durch Vortrag, Präsentation, pandemiekonforme Gruppenarbeiten, konkrete Fallbeispiele und Diskussionen sowie durch Feedbackrunden vermittelt.

Damit setzte die Landesleitung in Kooperation mit der dbb akademie ihre seit 2010 beste-

hende Reihe von Führungskräfte-seminaren fort.

Die Veranstaltungsreihe dient auch der Kontaktintensivierung zu den Führungsgremien der Mitgliedsgewerkschaften und -verbände im dbb rheinland-pfalz. Abseits des reinen Unterrichts, in dem man sich im Rahmen von regelmäßig gewählten Kommunikationsthemen schon besser kennenlernen kann, ergeben sich am Rand Gelegenheiten zu gewerkschaftspolitischen Austauschen und Weichenstellungen. Auch unter Geltung von „AHA-Regeln“ in Corona-Zeiten hat das wieder funktioniert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, allesamt keine Neulinge auf dem gewerkschaftspolitischen Parkett, bewerteten die Veranstaltung hinterher entsprechend positiv. Und die Landesleitung hat bekräftigt: Fortsetzung folgt.

> dbb forum siebengebirge

Das dbb forum siebengebirge ist auf den Betrieb mit Präsenzseminaren sehr gut eingerichtet. Ein verständliches Laufleitsystem, auf Abstand gestellte Möblierung, Dauerlüftung, Ausgabebüfets sowie teils einzelverpackte Lebensmittel gehören dazu. Zur erleichterten Desinfektion eingeschweißte TV-Fernbedienungen in den kürzlich renovierten Zimmern sind neben Desinfektionsroutinen weiterer Ausdruck der Hygienezertifizierung. Und bei den Zeitvorgaben muss etwas genauer auf die Uhr geschaut werden, damit zum Beispiel nicht alle Gäste gleichzeitig auf die Gemeinflächen der Tagungsstätte drängen. So lässt sich ein verhältnismäßig entspannter Lern- und Logisalltag unter Pandemiebedingungen gut bewerkstelligen.

dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz

Wahl auf Bundesebene: Milanie Hengst führt dbb bundesfrauenvertretung

Führungswechsel nach über 20 Jahren

(Ifv) Milanie Hengst ist neue Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

Sie übernimmt das Amt von Helene Wildfeuer, die die Frauenorganisation des dbb beam-

tenbund und tarifunion seit 1998 verdienstvoll geleitet hatte.

Die Nachwahlen fanden bereits im Rahmen der Sitzung der Hauptversammlung am

28. Juni 2020 in Bonn statt. Aufgrund der Corona-Krise war der ursprünglich für den 24. und 25. April 2020 geplante dbb bundesfrauenkongress, auf dem turnusgemäß eine neue Geschäftsführung gewählt werden sollte, abgesagt worden. Beides soll voraussichtlich 2021 im April stattfinden.

„Ich bin überwältigt von dem großen Vertrauen der weiblichen dbb Mitglieder, das sie mir in diesen ungewöhnlichen Zeiten entgegenbringen. Die Wahl nehme ich sehr gerne an und freue mich auf die neue Aufgabe“, erklärte die frisch gewählte kommissarische Vorsitzende Milanie Hengst. Mit



> Die neue Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung um die Vorsitzende Milanie Hengst (ganz vorne).

ihr übernimmt eine erfahrene Personalrätin und langjähriges Mitglied der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) den Vorsitz der dbb bundesfrauenvertretung. Bereits seit 2015 ist Milanie Hengst engagiertes Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der dbb bundesfrauenvertretung. Erste Erfahrungen an der Spitze einer

Frauenorganisation sammelte die beamtete Finanzwirtin bei der DSTG-Bundesfrauenvertretung, deren Geschicke sie seit 2012 als Vorsitzende lenkt. In ihrem Geschäftsführungsamt verbleiben Jutta Endrusch (VBE), stellvertretende Vorsitzende, sowie die beiden Beisitzerinnen Elke Janßen (GdS) und Sabine Schumann (DPoIG). Neu

in die Geschäftsführung gewählt wurden Synnöve Nüchter (komba) und Michaela Neersen (dbb sachsen-anhalt) als Beisitzerinnen. Zu den ersten Gratulierenden aus dem dbb rheinland-pfalz zählte die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung, Claudia Rüdell. „Ich freue mich auf die künftige lebendige Zusammenarbeit mit Milanie Hengst“, so Claudia Rüdell. Die neue Vorsitzende trete ihr Amt in einer Umbruchphase des dbb und der Politik an. Es gelte, wichtige Entscheidungen zu treffen, neue Wege zu suchen und Weichen für die Frauenförderung zu stellen. Dafür brauche es Mut und Erfahrung, dies bringe Milanie Hengst mit. ■

Erfolgreiche Initiative zum Personalvertretungsrecht

Schriftliches Umlaufverfahren, Video- und Telefonkonferenzen nun gesetzlich erlaubt

Landesgesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes bringt Befristung bis zum 28. Februar 2021

Mit dem Dritten Landesgesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes wurde § 31 Abs. 1 des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG) um Regelungen ergänzt, mit denen Sitzungen und Beschlussfassungen des Personalrats vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie befristet bis zum 28. Februar 2021 auch im Wege des schriftlichen Verfahrens sowie mittels Telefon- oder Videokonferenz durchgeführt werden können.

Die neuen Sätze 2 bis 7 des § 31 LPersVG ermöglichen die rechtssichere Beschlussfassung des Personalrats mittels schriftlichen Verfahrens, wie es bereits nach § 55 Abs. 4 Satz 1 LPersVG für die Stufenvertretungen und nach § 57 Satz 2, § 55 Abs. 4 Satz 1

LPersVG für den Gesamtpersonalrat zugelassen ist. Durch die Verweisung auf § 55 Abs. 4 Satz 2 LPersVG kann das schriftliche Verfahren nur angewendet werden, wenn im Einzelfall nicht ein Drittel der Personalratsmitglieder widerspricht.

Diese Regelung löst damit das Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Sport vom 19. März 2020 ab, mit dem das schriftliche Verfahren als Sofortmaßnahme zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Personalräte in Zeiten der COVID-19-Pandemie bis auf Weiteres für Beschlussfassungen der Personalräte zugelassen worden war.

Mit der Einführung der Video- und Telefonkonferenz wird der Handlungsspielraum des Per-

sonalrats bei der Durchführung von Sitzungen und Beschlussfassungen erweitert, so das Innenressort in einem erläuternden Rundschreiben vom 10. September 2020 (Az.: 0350-0001#2020/0007-0301 311). Voraussetzung ist neben der Einhaltung von Geheimhaltungs- und Datenschutzvorgaben in Anlehnung an das schriftliche Verfahren, dass nicht mindestens ein Drittel der Personalratsmitglieder der Telefon- oder Videokonferenz widerspricht.

Der Widerspruch muss gegenüber der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden innerhalb von drei Werktagen nach Bekanntgabe der Absicht, eine Video- oder Telefonkonferenz anzuberaumen, erklärt werden. Wird ein solcher Widerspruch nicht oder nicht recht-

zeitig erklärt, ist vom Einverständnis der Personalratsmitglieder auszugehen.

Der Gesetzgebung vorangegangen war eine insoweit erfolgreiche Initiative von dbb rheinland-pfalz und Kommunalem Arbeitgeberverband – KAV – Rheinland-Pfalz (vgl. „durchblick“ 7-8/2020, S. 2.

Konziert hatten wir die Ministerpräsidentin Anfang Mai angeschrieben und gefordert, dass die Landesregierung einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen möge, durch den virtuelle Personalratssitzungen in Video- und Telefonkonferenzen sowie das schriftliche Umlaufverfahren rückwirkend ab dem 1. März 2020 legitimiert werden im Sinne rechtssicherer Beschlussfassungen von Personalräten. ■